



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/XV/120 - 25. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Kein Gesetz gegen Volksverhetzung</u>	76
	Einige Bemerkungen zum 6. Strafrechtsänderungsgesetz Von Karl Wittrock, MdB	
3 - 4	<u>Vor dem Kongress der Schwedischen Sozialdemokratie</u>	86
	Aus dem Entwurf des neuen Parteiprogramms	
5 - 6	<u>Norwegen und die NATO</u>	67
	Soziale und militärische Verteidigung halten sich die Waage	
7	<u>"Überwindung von Vorurteilen"</u>	50
	Zu einer interessanten Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung	
8	<u>Ohne Maß</u>	38
	Bemerkung zum Thema "Gemeinsame Außenpolitik"	

* * *

*

Kein Gesetz gegen Volksverhetzung

Von Karl Wittrock, MdB

Es gab einmal einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, den nannte man den Entwurf eines Gesetzes gegen Volksverhetzung. Nach einer heftigen Debatte in der Plenarsitzung des Bundestages am 3. Dezember 1959 verschwand dieser Gesetzentwurf am 20. Januar 1960 sang- und klanglos im Rechtsausschuß des Bundestages, um nie mehr mit seinem alten und unstrittigen Inhalt das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat entscheidend dazu beigetragen, daß dieser am 5. März 1959 dem Bundestag vorgelegte Regierungsentwurf, der geeignet war, das Volk in strafrechtlich privilegierte Gruppen aufzuspalten, nicht mehr Gegenstand der Entscheidung des Bundestages war. Der in der Plenarsitzung vom 20. Mai 1960 gefaßte Gesetzesbeschluß war nicht mehr ein Beschluß über ein "Volksverhetzungsgesetz", sondern es war das 6. Strafrechtsänderungsgesetz, das vom Bundestag einstimmig beschlossen wurde. Der Bundestag erwieh der Regierungsvorlage nicht einmal die Ehre, sie in seinem Beschluß zu erwähnen, obgleich die Geschäftsordnung dies vorsieht.

Das beschlossene Gesetz beruht wesentlich auf den Anregungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Sie hatte sich nicht auf die scharfe Ablehnung einer jeden Privilegierung angeblicher Gruppen beschränkt, die in Wahrheit eine Gruppendifkriminierung bewirken würde, sondern sie hatte durch einen eigenen Gesetzentwurf und durch Vorschläge in der Ausschusarbeit eine erträgliche Lösung ermöglicht. Während die Bundesregierung kein Verständnis hatte für die gerade in unserem Lande bestehende Gefahren einer diskriminierenden Scheinprivilegierung durch eine gesetzliche Sanktionierung angeblich rassischer, religiöser oder nationaler Gruppen, ist es der sozialdemokratischen Opposition vorbehalten geblieben, ein gefährliches Gruppendenken des Gesetzgebers in Keim zu erticken und gleichzeitig auf erträgliche Lösungen zur Bekämpfung des Ungeistes eine schwere Vergangenheit hinzuwirken. So ist es schließlich zu der einstimmigen Annahme des 6. Strafrechtsänderungsgesetzes gekommen.

Dieses Gesetz kennt in seiner Fassung des § 130 StGB nicht mehr den Begriff der "Gruppe" im Sinne des alten Entwurfs eines Volksverhetzungsgesetzes, die durch rassistische oder sonstige näher bezeichnete Merkmale bestimmt ist. Das beschlossene Gesetz wendet sich gegen Angriffe auf die Menschenwürde von "Teilen der Bevölkerung", sofern ein solcher Angriff geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Zutreffend hat der Berichterstatter des Rechtsausschusses hierzu ausgeführt: - 2 -

"Mit der Bezeichnung 'Teile der Bevölkerung' soll deutlich gemacht werden, daß die Bevölkerung in ihrer vielfältigen Gliederung nach Stämmen, religiösem Bekenntnis und anderen Merkmalen ein Ganzes darstellt, das sich eben aus diesen verschiedenen Teilen zusammensetzt, ja daß das Ganze des Volkes ohne diese verschiedenen Teile nicht denkbar ist."

Damit ist ein wesentlicher Einwand, der gegen die früheren unzulänglichen und unerträglichen Formulierungen zu erheben war, durch eine völlig andersgeartete Fassung des Gesetzes hinfällig geworden.

Entscheidend ist weiterhin, daß der Angriff auf Teile der Bevölkerung deren Menschenwürde treffen muß, um nach § 130 StGB beurteilt werden zu können. Nicht jeglicher Angriff auf einzelne Persönlichkeitsrechte wird damit nach dieser neuen Vorschrift unter Strafe gestellt, sondern die Angegriffenen sind in ihrem Menschsein, in ihrem Lebensrecht als gleichberechtigte Persönlichkeit, das keine Relativierung zuläßt, geschützt. Wer der Ausmerzung oder der Ausschaltung von Teilen der Bevölkerung, wie immer sie zusammengesetzt sein mögen, das Wort redet oder sie zu rechtfertigen sucht, wird hiernach straffällig, ohne daß der Gastgeber auch nur den Anschein irgendeiner Gruppenideologie als rechtlich existent anerkennt.

Das jetzt beschlossene Gesetz enthält im übrigen entsprechend den Anregungen des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes zwei weitere Regelungen, die der Regierungsentwurf nicht vorgesehen hatte: er gibt die Möglichkeit einer Strafverfolgung von Angriffen auf die Ehre der toten Opfer der Gewaltherrschaft, ohne daß es in jedem Falle eines Strafantrages bedarf, und er fügt den strafrechtlichen Schutz gegen Hakenkreuzschmierer, Heiß-Hitler-Schreier und ähnliche Zeitgenossen dort ein, wo er klar und eindeutig hingehört, nämlich in eine besondere Vorschrift des Strafgesetzbuches.

Wenn auch so der Bundestag nach den Irrungen und Wirrungen seiner Mehrheit schließlich doch gesetzgeberische Lösungen erzielen konnte, die Zustimmung verdient und gefunden haben, so darf über eines kein Zweifel bestehen: das Strafgesetz kann nur ein sekundäres Mittel sein, um meist latenten, aber doch gelagertlich aufflackernden Ungeist der Unmenschlichkeit zu bekämpfen. Entscheidend bleibt letztlich die ständige Wachsamkeit aller aufgeschlossenen Eltern und Erzieher, sowie die Bereitschaft aller demokratischen Kräfte, die mannigfaltigen Erscheinungsformen des Ungeistes der allgemeinen Verachtung preiszugeben.

Vor dem Kongreß der Schwedischen Sozialdemokratie

Ch.W.- Stockholm

Am Pfingstmontag beginnt in Stockholm der ordentliche Kongreß der Schwedischen Sozialdemokratie; ein Ereignis, das in Skandinavien mit großem Interesse erwartet wird, da auf der Tagesordnung außerordentlich wichtige Entscheidungen stehen. Vor allem gilt es für die schwedische Regierungspartei, unter Führung des Ministerpräsidenten Tage Erlander, sich auf die im Herbst anberaumten Wahlen zur zweiten Kammer vorzubereiten. Im Mittelpunkt der Arbeit der Delegierten wird die - voraussichtlich sehr harte - Debatte um den revidierten Programmentwurf der Sozialdemokratie stehen. Bereits im Jahre 1954 beschloß die Partei, das aus den Dreißiger und Vierziger Jahren stammende Parteiprogramm zu modernisieren. Seitdem haben mehrere Ausschüsse in mühseliger Kleinarbeit an dem Entwurf gearbeitet, der nun dem Parteitag zur Beratung und Abstimmung vorliegt.

Hier einige der Hauptänderungen im Entwurf: Im ersten Programmpunkt, der ein Bekenntnis zur freien und geheimen Wahl und zum Parlamentarismus enthält, wurde unterstrichen, daß der Wert der freien und geheimen Wahlen unantastbar sein muß. Der Zusatz ist darauf zurückzuführen, daß es in gewissen Staaten zwar ein allgemeines Wahlrecht gibt, aber keine wirklich freien Wahlen. Das Wort 'Volksabstimmung' ist in 'beratende Volksabstimmung' abgeändert worden. Der zweite Programmpunkt, der die Forderungen nach Redefreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit sowie Versammlungs- und Redefreiheit enthält, wird einen Zusatz enthalten. Gefordert werden außerdem die Freiheit der Forschung und des künstlerischen Schaffens. Im dritten Parteipunkt wird die Gleichheitsforderung hervorgehoben. Die Klassengrenzen sollen beseitigt werden, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, gleiche Behandlung für alle, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Stellung, Geschlecht, Rasse oder Sprache, sowie gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Gleichheit vor dem Gesetz. Weiterhin heißt es: Das Ziel der Außenpolitik der Sozialdemokratie ist die Erhaltung des Friedens und der Unabhängigkeit durch eine feste Neutralitätspolitik. Ferner wird bestimmt, daß der Laieneinfluß in der Verwaltung, kommunaler Selbstverwaltung und im Militärbereich gesteigert werden soll. Die Rolle der Schule für die Festigung der Demokratie wird ebenfalls betont.

Ganz neue Programmpunkte sind die Forderungen, daß die Gemeinschaft das kulturelle Schaffen fördern soll, daß die kulturellen Schöpfungen dem ganzen Volk zugänglich gemacht werden sollen, und daß

Musik, bildende Kunst, Literatur, Theater, Film, Radio, Fernsehen usw. wie auch die freie Volksbildungsarbeit gefördert werden müssen. Ebenfalls neu ist die Forderung, laut der die Forschung unterstützt werden soll, um das Kulturleben zu vertiefen und die Anpassung des Menschen an die Gemeinschaft zu verbessern.

Der Kirche gilt ein besonderer Punkt im revidierten Programm. Im bisherigen Programm ist die Abschaffung der Staatskirche und die Überführung ihres Besitzes in das Eigentum der Gemeinschaft gefordert. Im neuen Entwurf wird vorgeschlagen, daß das Verhältnis von Staat und Kirche in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Demokratie und der Religionsfreiheit geregelt werden und daß jede Religionsausübung auf der Grundlage der Freiwilligkeit erfolgen soll. Die Revisionskommission erklärte hierzu, daß diese Umschreibung durch frühere Mißverständnisse veranlaßt wurde.

Wie im vorhergehenden Programm werden wirtschaftliche Demokratie und die Vollbeschäftigung, sowie eine soziale Steuerpolitik gefordert. Ein neuer Punkt ist die Forderung, daß die Kapitalbildung durch kollektives und privates Sparen gesichert werden und daß das Kreditwesen und die Kreditpolitik den Interessen der Gemeinschaft und der Staatsbürger untergeordnet sein sollen.

Das Recht jedes Einzelnen auf Arbeit wird festgelegt, die Vollbeschäftigungspolitik wird erneut betont. Gleichzeitig werden in diesem Passus Maßnahmen für die Einfügung körperlich geschädigter sowie älterer Staatsbürger in die Produktion gefordert. Die Gemeinschaft soll für die Planung und die Entwicklung der Energieversorgung die Verantwortung tragen. In einem neuen Punkt wird festgelegt, daß die Atomkraft für friedliche Zwecke unter Leitung der Gemeinschaft ausgebaut werden soll. Auch die Anpassung der Wirtschaft an die erweiterten Handelsgebiete ist in eine neue Formel gefaßt worden. Die Entwicklung des Transportwesens unter Leitung der Gemeinschaft "Fragen der Verkehrssicherheit und der Kommunikationen" sind in einem neuen Punkt zusammengefaßt worden. Die 40-Stunden-Woche mit den späteren Forderungen auf weitere Arbeitszeitverkürzungen, Urlaub und Arbeiterschutz haben ein eigenes Kapitel im Programm gefunden. Eine kinderfreundliche Gemeinschaft wird verlangt, Familienberatungen, wirtschaftliche Erleichterungen für kinderreiche Familien, Rationalisierung der häuslichen Arbeit sind neu behandelt. Gesunde Wohnungen für alle Staatsbürger werden verlangt; Aufgabe der Wohnungspolitik soll es sein, in den kommenden Jahren allen ausreichenden und modernen Wohnraum zu garantieren. Neu sind auch einige jugendpolitische Forderungen: man fordert die Unterstützung des Freizeitlebens und der Sport- und Vereinstätigkeit für Jugendliche.

Die Deutsche Sozialdemokratie wird auf dem Kongreß der Schwedischen Sozialdemokratie durch ihren Vorsitzenden, Erich Gllenhauer, den stellvertretenden Vorsitzenden, Herbert Wehner, den Regierenden Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Parteivorstandes, Willy Brandt, und ihren Schatzmeister, Alfred Hau, vertreten sein.

Norwegen und die NATO

mu. - Journalisten aus Schleswig-Holstein, das mit Dänemark und Norwegen den Nordabschnitt der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation bildet, hatten kürzlich Gelegenheit, norwegische Verteidigungseinrichtungen und die Kommandozentrale des NATO-Abschnitts in Kolsås bei Oslo zu besichtigen. Das war unmittelbar, nachdem die sowjetrussische Propagandaoffensive wegen des amerikanischen Spionageflugzeugs ange laufen war, das ja auf der nordnorwegischen Flugbasis Bodø hatte landen wollen. Bereits diese Situation zeigte recht klar, welche Rolle Norwegen in der NATO zu spielen gedenkt.

Das norwegische Außenministerium protestierte offiziell in Washington; es war der erste Protest bei dem großen Bruder in der NATO, der gerade in den nächsten Jahren erhebliche Mittel für die Modernisierung der norwegischen Streitkräfte bereitstellen will. Washington versicherte, daß derartige Unternehmern unter Einbeziehung norwegischer Militäranlagen nicht mehr stattfinden werden. Auf der anderen Seite sagte der norwegische Außenminister Lange seine Moskareise ab, um demonstrativ die groben Ausfälle Moskaus gegen den kleinen Staat, der in Nordnorwegen eine gemeinsame Grenze mit Sowjetrussland unterhält, zurückzuweisen.

Zur gleichen Zeit gab Norwegen bekannt, dass es seine Hoheitsgewässer auf zwölf Seemeilen auszudehnen beabsichtigt. Das soll in erster Linie zum Schutz des wichtigsten Exportzweiges, der Fischerei, geschehen. Es ist aber auch beabsichtigt, um vor allem in Nordnorwegen die zahllosen hochmodernen russischen Fischkutterflotten von der eigenen Scherenküste fernzuhalten. Die Fischkutter der Russen sind nämlich mit modernen Funkgeräten und Landungseinrichtungen versehen und treiben, um es deutlich zu sagen, Spionage unmittelbar vor der Küste. Dabei bildet Norwegen gleichzeitig seine Marineheerwehr, die sich vor allem aus Fischdampferbesatzungen zusammensetzt, im Minensuchen, Minenlegen sowie in Bewachungs- und Hafenzkontrolldienst aus.

Der Angelpunkt der norwegischen Verteidigung besteht aus je einer Brigade, die im hohen Norwegen an der russischen Grenze und in Südosten am Skagerrak stationiert sind. Es handelt sich um Truppen, die sehr hart für den zähen Winterkrieg ausgebildet werden. Daneben werden Marine und Luftwaffe modernisiert. Um Oslo herum sollen vier Raketenbatterien vom Typ Nike und Ajax stationiert werden. Eine Batterie ist bereits montiert. Die Norweger wünschen aber nach wie vor nicht, daß Atomsprengköpfe, welche der Typ Ajax tragen könnte, auf ihrem Territorium gelagert werden.

Der Storting verfolgt seit Jahren eine einheitliche Verteidigungspolitik, die auf einem modernen Ausbildungsstand der 22 000 Mann im Heer, 6 000 Mann in der Luftwaffe und 5 000 Mann in der Marine hinausläuft; Norwegen hat eine 18-monatige Wehrpflicht. Dabei kommt es den Norwegern neben der effektiven militärischen Verteidigungskraft auf eine hohe soziale Verteidigungskraft an, was bedeutet, daß im Nationalbudget für Sozialzwecke ständig genügend Mittel bereitstehen müssen.

Um die Verteidigungsfähigkeit dennoch auf einem hohen Stand zu lassen, hat Norwegen 1957 beschlossen, die Heimwehr (eine Pflichtorganisation für die Wehrpflichtigen und eine Freiwilligenorganisation vom 17. Lebensjahr ab) auf 100 000 Mann zu erweitern. Diese Heimwehrmänner, die ihre Waffen im häuslichen Schrank haben, sollen die Stellung in ihrer engeren Heimat so lange halten, bis reguläre Streitkräfte da sind. Unter keinen Umständen aber sollen sie im besetzten Bereich als Zivilpersonen zurückbleiben.

Den Norwegern kommt es zusammenfassend darauf an, zur Erhaltung ihres freiheitlichen Rechtsstaates sozialer Prägung eine effektive Verteidigungsfähigkeit zu besitzen. Unter diesem Gesichtspunkt stehen sie in der NATO und lehnen die Einbeziehung ihrer Flugbasen für Spionageflüge ebenso ab, wie etwa eine Aufnahme Spaniens mit seinen "Führereyesten" in der NATO. Sie wollen nicht noch einmal wie 1940 durch die Deutschen von einem autoritären Regime überrannt werden.

Der norwegische Verteidigungswille wurzelt in dieser bitteren Erfahrung. Sie führte das norwegische Volk über den Widerstand gegen die deutsche Besatzungstruppen zur Heimwehr und zu den regulären Streitkräften von einer traditionellen Neutralität an die Seite der NATO.

"Überwindung von Vorurteilen"

Bt. "Die vielgepriesene nationale Souveränität besteht in Wahrheit nicht mehr. Sie ist nicht nur dadurch abgebaut, dass man sie durch Verträge zerstört oder überwindet. Das ist nicht das Entscheidende; in Wahrheit ist heute kein Volk mehr völlig souverän, kann keines mehr leben, ohne in Rechnung zu stellen, was andere tun und treiben. Das hängt mit der Entwicklung der Technik, mit der Schritten in das Weltall hinaus, mit den modernen Waffen und mit vielen anderen Dingen zusammen." Das sagte Fritz Erler gegen Schluss seiner Ausführungen über "das nationale Vorurteil als Hindernis der Völkerverständigung", die er auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Heimvolkshochschule Bergneustadt machte. Erler hatte untersucht, was eigentlich ein Vorurteil und was insbesondere ein nationales Vorurteil sei und wie das "Auslandsbild" und das "Selbstbild" in einzelnen Menschen vorhanden ist und wie es durch die Erzeugnisse der öffentlichen Meinungsbildner weitergetragen wird. Er hatte sich mit den Vorurteilen beschäftigt, die sich nicht gegen andere Nationen richten, sondern innerhalb einer Nation gegen soziale Gruppen.

Die Tagung hat Vorurteile verschiedenster Art erörtert und nach Wegen zu ihrer Überwindung gesucht. Sie hatte in der Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo gefunden und damit war auch deutlich geworden, dass weite Kreise daran interessiert wären, die Tagungsreferate nachlesen zu können. Diese Möglichkeit hat jetzt die Friedrich-Ebert-Stiftung dadurch geschaffen, dass sie die 95 Seiten starke Broschüre

"Überwindung von Vorurteilen";
Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Bonn, Koblenzer Strasse 54. DM 2,10

herausgebracht hat. Sie bringt einleitende Texte von Willi Eichler und Dr. Jacobsen und enthält ausser dem Vortrag von Fritz Erler den Text der Referate von Prof. Dr. Goldschmidt über die soziologischen und psychologischen Forschungen zur Frage des Antisemitismus. Dann schliesst sich eine Darstellung über die tatsächliche Verbreitung nationaler Vorurteile bei Jugendlichen an. Es folgen Einführungen in den Stand der soziologischen und psychologischen Vorurteilsforschung mit Berichten über die Ergebnisse vor allem der nordamerikanischen Arbeiten. Verfasser dieser Beiträge sind Dr. Rüschemeyer, Universität Köln, Prof. Dr. Bergius, Freie Universität Berlin und Dr. Klaus Eyferth, Universität Hamburg. Wie schwierig es ist, selbst unter Verwendung dieser Forschungsergebnisse zu einer systematischen Bekämpfung von Vorurteilen im Schulunterricht zu kommen, zeigt der Beitrag von Oberschulrat Daus, Hamburg.

Obwohl in Deutschland besonderer Anlass besteht, sich mit den Problemen sozialer Vorurteile und der Frage, wie solche Vorurteile abgebaut oder überwunden werden können, zu befassen, ist das Schrifttum auf diesem Gebiet nicht sehr zahlreich. Nur wenige Forschungsarbeiten sind seit 1945 darüber angestellt worden und auch das umfangreiche amerikanische Schrifttum ist nur in einem kleinen Kreis von Sachverständigen bekannt. Das vorliegende Heft der Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung versucht diesen Mangel abzuheben.

Es wäre ausserordentlich zu begrüessen, wenn die in der Vorlage dieser Schrift zum Ausdruck gekommene Initiative dazu führen würde, dass in Deutschland nun endlich die empirische Forschungsarbeit über die Fragen sozialer Vorurteile verstärkt werden würden.

+ * +

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Ohne Me.3

sp - In der Bundesrepublik ist eine Aussprache über die notwendige Haltung in der Außenpolitik entstanden und sie soll fortgesetzt werden. Das ist ein großer Gewinn, und die Sprecher aller Parteien - die CDU ausgenommen - haben im Bundestag gefordert, daß man nur miteinander sprechen und einen neuen Anfang finden müsse. Die CDU allein ließ mit besonderer Betonung dieses Satzes erklären, daß eine Verständigung der Parteien über die Außenpolitik nur auf dem Boden der bisherigen Regierungspolitik Adenauers möglich sei. Sie verlangte also noch vor Beginn einer sachlichen Aussprache die Kapitulation aller anderen Parteien.

Diese starre, in der gegenwärtigen Lage unbegreifliche Haltung, stand in schroffem Gegensatz zu der erklärten Bereitschaft der Opposition, "eine Politik zu entwickeln, die die Zustimmung aller tragenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik" finden soll. Die Forderung Glienhuers als des Sprechers der SPD war auf neue Ansatzpunkte für eine friedliche Lösung der politischen Probleme gerichtet, und erwünschte bei allen den Willen zu einer ernster Selbstprüfung und zu einer gemeinsamen Erarbeitung der Schlußfolgerungen aus der jetzt gegebenen Situation. Guter Wille herrschte auf allen Bänken und bis weit in die Reihen der CDU hinein - nicht jedoch in der offiziellen Erklärung dieser Partei. Das war die Bilanz dieses kurzen außenpolitischen Intermezzos im Bundestag.

In einer der Zeitungen jedoch, die als ein Sprachrohr gilt, das die Stimme aus Deutschland über die Grenzen des Landes hinaus trägt, heißt es am Mittwoch zu diesen Tatsachen, daß nicht nur die CDU, sondern auch die SPD "die Übernahme ihrer eigenen außenpolitischen Vorstellungen durch den anderen" verlange.

Welche Unterlagen standen für diese Behauptung zur Verfügung? Es gibt keine! Die gleiche Zeitung berichtet an gleicher Stelle an anderer Stelle das Gegenteil und läßt durchaus einen Unterschied zwischen der Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten zu einem neuen und gemeinsam erarbeiteten Anfang und der egoistischen Starrheit der CDU erkennen, die nur ihre Auffassung über eine Außenpolitik gelten lassen will, die bisher so ungewöhnlich erfolglos geblieben ist.

Wenn irgendwann, so ist dann ein gerechtes Maß der Berichterstattung und ein sorgfältiges Abwägen eines jeden Wortes nötig, wenn der Versuch gewagt wird, endlich eine gemeinsame Grundlage für die Behandlung und Vertretung der Lebensfragen des deutschen Volkes zu schaffen.